Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1886

16.12.1886 (No. 296)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 16. Dezember.

№ 296. Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei. 1886.

Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 15. Dezember.

Die Münchener „Allgemeine Zeitung" theilt mit, daß Seine Königliche Hoheit der **Prinz-Regent Luitpold** nach der Rückkehr von Berlin ein herzliches Telegramm an Seine Majestät den Kaiser gerichtet habe, und veröffentlicht die Antwort des Kaisers auf dieses Telegramm. Die Antwort des Kaisers lautet:

„Wie soll ich Ihnen danken für Ihr so herzliches, und freundliches Telegramm noch am heutigen Tage nach Ihrer Rückkehr nach München? Sie haben sich überzeugen können, wie freudig Ihr erstes Erscheinen nach der Uebernahme der Regentschaft bei uns begrüßt wurde und wie die alten Erinnerungen eines siebenmonatlichen Zusammenlebens in der so wichtigen und unvergeßlichen Kriegszeit uns von neuem einigte. Möge es immer so bleiben! Ihre herzlichen Worte, gesprochen zu Ihren Unterthanen im Reichstag, sind hoffentlich auf guten Boden gefallen. — Wilhelm."

In der **französischen** Deputirtenkammer ist gestern die Forderung der Regierung, ihr provisorische Kredite für die beiden ersten Monate des neuen Finanzjahres zu bewilligen, zwar mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität angenommen worden; es würde aber verfehlt sein, hieraus Schlüsse für die Stellung der Kammer zu dem Ministerium ziehen zu wollen. Die Kammer sah sich in eine Zwangslage versetzt; sie mußte ein Provisorium bewilligen und die Regierung hatte dieses Provisorium so kurz als möglich bemessen; dagegen zeigte die der Abstimmung vorhergegangene Debatte sehr deutlich, wessen das neue Ministerium sich insbesondere von den Radikalen zu versehen hat. Clemenceau griff das Kabinet mit einer Heftigkeit an, die selbst nach den abfälligen Urtheilen der radikalen Blätter über Goblet nicht erwartet werden konnte. Die ministerielle Erklärung vom vorigen Samstag fertigte er mit der Bemerkung ab, dieselbe vertrage keine eingehende Kritik; gegenüber der Ansicht des Ministerpräsidenten, man müsse sich auf das Nächstliegende beschränken und solche Reformen, welche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Republikanern hervorrufen könnten, im Interesse der Einigkeit auf eine spätere Zeit vertagen, betonte Clemenceau mit großer Entschiedenheit, die Radikalen verlangten politische Zugeständnisse und Herr Goblet werde nicht umhin können, diesem Verlangen Rechnung zu tragen. Es war der Rede Clemenceau's zu entnehmen, daß die radikale Partei in der Zeit bis zur neuen Kammersession ihre Wunschzettel formuliren und dann das Ministerium vor die Wahl stellen wird, diesen Wünschen Rechnung zu tragen oder auf Angriffe von radikaler Seite gefaßt zu sein.

In einem befremdenden Gegensatze zu der reservirten Haltung Deutschlands in der bulgarischen Angelegenheit steht die fortgesetzt deutschfeindliche Sprache eines Theiles der **russischen Presse**. Man wird deshalb mit Befriedigung davon Kenntniß nehmen, daß die amtlichen Kreise Petersburgs ihren Einfluß auf die russische Journalistik geltend machen, um hierin eine Besserung herbeizuführen. Ein heute im Petersburger „Regierungsanzeiger" veröffentlichtes Communiqué spricht über die in letzter Zeit erschienenen Zeitungsartikel, welche die deutsche Politik als russenfeindlich darstellten, sein Bedauern aus und empfiehlt den Blättern größere Vorsicht und Besonnenheit bei der Besprechung der politischen Verhältnisse. Der „Regierungsanzeiger" sagt: Rußland sei mit dem benachbarten Deutschland durch vitale Interessen verknüpft, wodurch die beiderseitigen Beziehungen konsolidirt sind und mehrfache Proben bestanden haben, was für die beiderseitige Wohlfahrt wichtig ist. Man müsse die Fortdauer dieser Beziehungen auf lange Jahre hinaus wünschen. Die russische Regierung habe die feste Absicht, speziell die deutschen Interessen mit gebührender Rücksicht zu pflegen, und sie habe Grund zu der Annahme, daß auch Deutschland sich von Aktionen fernhalten wird, welche Rußlands Würde oder dessen Interessen bezüglich seiner Glaubensgenossen in Osteuropa berühren, sowie daß Deutschland lediglich die Erhaltung des Friedens anstrebt, die auch Rußlands Kaiser und Volk lebhaft wünschen.

Wie aus dem Dezember-Heft des **„Deutschen Handelsarchivs"** zu ersehen, war in dem Quartal Juni bis September dieses Jahres an vielen Orten die Lage der **Bierbrauereien** eine recht zufriedenstellende. In Münster hatten dieselben „großen Absatz", so daß aus der vorigen Campagne nur sehr wenig Waare übrig geblieben ist. In München haben die Brauereien eine weitere Zunahme der Bierproduktion zu verzeichnen, welche durch die Ausdehnung des Exportgeschäfts hervorgerufen wurde. Die dortige Bierausfuhr stieg im Jahre 1885/86 gegen das Vorjahr um 33 Proz. — Auch in der **Maschinenfabrikation** wurde mehrfach eine Steigerung der Produktion konstatirt, so in Mülhausen i. E., wo dieselbe auf den Aufschwung in der Wollspinnerei zurückgeführt wird. In Stuttgart waren die Maschinenfabriken „bei lohnenden Preisen vollauf beschäftigt". — Was die Lage der **Spinnereien und Webereien** anbelangt, so wurde auch hierin vielfach gesteigerte Produktion bei lohnenden Preisen erzielt. In Münster hatten tüchtige Fabrikanten durchweg einen genügenden Absatz. Die Produktion von Halbleinen nimmt daselbst von Jahr zu Jahr zu. In Elberfeld zeigte sich in der Textilindustrie eine lebhafte Bewegung; in Augsburg haben die Baumwollwebereien bei reichlicher Beschäftigung „durchweg lohnende Preise" erzielt. Auch Bleicherei, Färberei und Kattundruckerei waren dort vollauf beschäftigt. In Krefeld fanden die Baumwollspinnereien für ihr Produktion fortaufend ausreichenden Absatz, wenn es auch noch nicht gelungen war, höhere Preise zu erzielen. In Kottbus und Peitz war die Textilindustrie außerordentlich stark beschäftigt. Aus Gera wird gemeldet, daß in Poesneck die Flanellfabriken bei erhöhten Preisen mit Aufträgen bis in das nächste Jahr hinein versehen sind. In Stuttgart gilt ein Gleiches von der Baumwollspinnerei. In Erfurt haben die Spinner theilweise in Folge der lebhaften Nachfrage gegen eine Lohnerhöhung von 10—12 Proz. die Arbeitszeit um 1—1½ Stunden ausdehnen müssen. — Der **Holzhandel** war in Münster i. W. im Berichtsquartal ein recht lebhafter; die dortigen **Sägemühlen** waren stets vollauf beschäftigt, ebenso die in Frankfurt a. O. bei zufriedenstellenden Preisen; in Landsberg a. W. war ihr Betrieb ein den gegenwärtigen allgemeinen Verhältnissen entsprechender. In Danzig zeigte sich in den letzten Monaten eine etwas lebhaftere Nachfrage, und wenn auch „die bewirkten Verkäufe durchaus nicht umfangreich waren, so konnte doch ein größeres Entgegenkommen der Käufer den hiesigen Forderungen gegenüber bemerkt werden". Die Bewilligung besserer Preise wurde theils durch die Steigung der Schiffsfrachten nach den einzelnen Häfen herbeigeführt, theils traten sie ein in Folge der geringen Bestände und weil Zufuhren aus Polen und Rußland keinen erheblichen Umfang erreichen werden. Das Ausland deckte im Allgemeinen nur den dringendsten Bedarf. Ein besseres Resultat lieferte der Absatz nach Dänemark.

Deutschland.

***Berlin**, 14. Dez. Seine Majestät der **Kaiser** wohnte gestern der Vorstellung im Opernhause bei. Heute nahm der Kaiser die Vorträge des Polizeipräsidenten v. Richthofen, des Chefs der Admiralität v. Caprivi, sowie des Generals v. Albedyll und zahlreiche militärische Meldungen entgegen und machte Nachmittags eine Spazierfahrt.

— Die **Vollzugskommission für den Zollanschluß Hamburgs** hat hier eine Reihe von Sitzungen abgehalten, um Festsetzungen für die nächste Zeit zu treffen. Vorläufig wird hier, dem Vernehmen nach, die Kommission nicht wieder zusammentreten, sondern ihre fernere Thätigkeit in Hamburg oder an einzelnen Punkten der Anschlußlinie fortzusetzen haben.

— Auf der Tagesordnung für die morgige **Reichstagssitzung** stehen die sozialdemokratischen Gesetzentwürfe über die Abänderung der Gewerbeordnung (Vereine betr.) und die Abänderung des Art. 31 der Reichsverfassung (Entlassung der Reichstagsabgeordneten aus der Strafhaft während der Reichstagssession).

— Die heutige Sitzung der **Reichstags-Kommission für die Militärvorlage** wurde vom Vorsitzenden mit der Mittheilung eröffnet, daß für die ausgeschiedenen Mitglieder Meister (Sozialdemokrat) und Dr. Orterer (Zentrum) die Abgeordneten Grillenberger und Geiger eingetreten sind. Der Charakter und Gang der Berathung wurde dahin beliebt, daß die einzelnen Forderungen mit den Spezialwaffen beginnend erörtert werden sollen und erst nach Abschluß dieser informatorischen Diskussion die Abstimmungen stattfinden sollen. Zunächst wurde über die Vermehrung des Trains um 14 Bataillone verhandelt und die Vermehrung dieser Waffe auch von Seiten der Opposition als nöthig erachtet, nachdem der Minister und sein Kommissar eine Reihe einzelner technischer Daten angeführt hatten. Bei der Fußartillerie wird eine Vermehrung von 573 Mann verlangt. Der Kriegsminister motivirte die Vermehrung dadurch, daß der Bedarf durch den Angriff, den moderne Leistungen nöthig machen, nicht mehr wie bisher gedeckt werden kann. Bei allen Offensivkriegen müsse auch die Fußartillerie mobil gemacht werden, da dann voraussichtlich bald auch feindliche Festungen zu belagern sind. Die früheren Wintermanquements waren durch den Nothstand des Pauschquantums bedingt gewesen. Nach einer Pause trat die Kommission in Berathung über die Neuformirung der Feldartillerie und die Formation eines 3. sächsischen Jägerbataillons.

— Die **Budgetkommission des Reichstags** erledigte das Extraordinarium vom Etat des Reichsamts des Innern und bewilligte die für den Nordostseekanal geforderten 19 Mill., sowie 200,000 M. als erste Baurate für ein Dienstgebäude des Patentamts. Zur Forderung für eine physikalisch-technische Reichsanstalt wurde unter Ablehnung der Regierungsforderung für Errichtung eines Gebäudes und für die erste Ausrüstung desselben mit Instrumenten sowie für Besoldungen der Antrag Hammacher mit 12 gegen 10 Stimmen angenommen, wonach zu Besoldungen eine Pauschalsumme von 60,000 Mark, zur Ausrüstung 100,000 Mark bewilligt werden.

— Hinsichtlich des beabsichtigten Besuchs der **bulgarischen Deputation** in Berlin schreibt die „Post":

Wie wir zuverlässig vernehmen, dürfte die bulgarische Deputation, wenn sie ihren Besuch in Berlin abstattet, in formeller Beziehung auf denselben Empfang rechnen können wie in Wien. Es erscheint durchaus als korrekt, daß der Minister des Aeußern, Graf Kalnoky, die Deputirten nur als Privatpersonen empfangen hat, nicht als Abgesandte einer Regierung, die, abgesehen von den Zweifeln an ihrer Legalität nach der inneren Verfassung Bulgariens, jedenfalls gar nicht in der Lage ist, mit fremden Mächten zu verkehren, es sei denn durch die Vermittelung ihres Souzeräns, des Sultans. Abgesehen aber davon, daß diese formelle Rücksicht bei dem hiesigen Empfang zum Ausdruck kommen müßte, dürfte derselbe ein wohlwollender sein. Das deutsche Auswärtige Amt wird sich allerdings darauf beschränken, durch die Vertrauensmänner der bulgarischen Regentschaft der letzteren die Verständigung mit Rußland von neuem zu empfehlen. Aber die deutsche Politik wird auch jede zweckmäßige dahin führende Modalität aufzusuchen und zu befördern bereit sein. Der deutsche Konsul in Galacz wird sich im Auftrage seiner Regierung demnächst für einige Zeit nach Varna begeben. Es hat dies seinen Grund in dem Umstand, daß in Varna bisher kein deutscher Konsul angestellt ist, während die russische Regierung gerade in diesem Hafen um den Schutz ihrer Angehörigen besorgt ist, den bekanntlich für Bulgarien das Deutsche Reich auf Ersuchen der russischen Regierung übernommen hat."

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 14. Dez. Wie die hiesigen Blätter mittheilen, verbleibt die **bulgarische Deputation** noch ein oder zwei Tage in Wien. — Das Amtsblatt publizirt die von den Delegationen gefaßten Beschlüsse betreffend den gemeinsamen **Staatsvoranschlag** für 1887. Darnach beträgt — inklusive der Nachtragskredite — die auf Oesterreich entfallende Quote 74,601,486 fl. — Die k. k. Brigade im **Lim-Gebiete**, welche bekanntlich daselbst eine exceptionelle Stellung einnimmt, indem das Sandschak Novi-Bazar unter osmanischer Verwaltung verblieben ist und neben den österreichisch-ungarischen Truppen türkische Garnisonen bestehen, bezieht höhere Gebühren, als die Truppen in Bosnien und in der Herzegowina. Da es sich nun herausgestellt, daß die Lebensverhältnisse in Plevlje (Taschlidza), Prjepolje, Tabuka, Priboj u. s. w. die gleichen sind wie im bosnisch-herzegowinischen Okkupationsgebiete, man also dort nicht theurer lebt als da, so soll nach dem „P. Lloyd" das gemeinsame Kriegsministerium eine Verordnung erlassen haben, derzufolge von Neujahr ab die Subsistenzzulage der Brigade im Lim-Gebiete auf die Höhe der einfachen Bereitschaftszulage, wie sie auch von den Truppen in den anderen Theilen des Okkupationsgebietes bezogen wird, herabzusetzen wäre.

— Aus **Pest** wird den „B. P. N." geschrieben: Ueber die **Ehegerichtsbarkeit der Unitarier** brachte die „Schlesische Ztg." eine Mittheilung aus Pest, welche mit den thatsächlichen Verhältnissen keineswegs übereinstimmt und die Kulturzustände Ungarns in einem falschen Lichte darstellt. Das Blatt behauptet nämlich, daß, wer in Ungarn mit seinen ehelichen Verhältnissen unzufrieden ist, wird binnen zwei Wochen Unitarier, läßt in der dritten Woche seine Ehe von dem unitarischen Ehegericht auflösen und kann bereits in der vierten Woche, zu seiner früheren Konfession zurückgekehrt, wieder eine neue Ehe eingehen. Die Sache verhält sich ganz anders. Es ist wahr, daß die Gemeinde der Unitarier seit Jahrhunderten die Ehegerichtsbarkeit auszuüben berechtigt ist, und daß der von beiden Parteien eingestandene unversöhnliche Haß als genügende Ursache zur Scheidung anerkannt wird. Diesbezüglich ist der Standpunkt der unitarischen Kirche derselbe wie in der protestantischen. Der Unterschied besteht bloß darin, daß z. B. in der kalvinischen Kirche die Ehescheidungen vor die Kongregation gehören, welche jährlich bloß einmal zu ordentlichen Sitzungen zusammentritt. Nöthigenfalls können wegen Ehescheidungsprozessen auch außerordentliche Kongregationssitzungen einberufen werden, die so entspringenden Kosten haben aber die betreffenden Parteien zu tragen. In der unitarischen Kirche gehören die Ehescheidungsprozesse vor den »fö papi szék«, welcher nicht erst zur Jahressitzung zusammengerufen werden muß. Die Urtheilsfällung erfolgt daher etwas rascher, als in der kalvinischen Gemeinde. Aber der Aussöhnungsversuch geht ebenso wie in den anderen Kultusgemeinden vor sich, und zwar geht die Sache keineswegs so rasch wie die „Schles. Ztg." sagt. Die Prozesse dauern gewöhnlich drei Monate, und unterdessen haben die Parteien Zeit, die Sache sich besser zu überlegen. Für die Einheimischen haben diese Zustände nie zu Klagen Ursache gegeben. Nur seitdem ein herzogliches Paar aus Wien nach Ungarn kam, zur unitarischen Kirche übertrat, sich scheiden ließ und nach der Scheidung wieder aus Ungarn zog und die frühere Religion annahm, machte die Ehegerichtsbarkeit der unitarischen Kirche so großes Aufsehen. Und wie ich höre, wird die Regierung nächstens einen **Gesetzentwurf zur Regelung der Ehegerichtsbarkeit in Siebenbürgen** dem Parlament unterbreiten."

Frankreich.

Paris, 14. Dez. Das „Journal officiel" meldet die Ernennung des Herrn **Flourens** zum Minister des Aeußeren in folgender Form: „Flourens, der Präsident der Abtheilung für Gesetzgebung, Justiz und auswärtige Angelegenheiten im Staatsrathe und Präsident des berathenden Ausschusses für die Protektorate im Ministerium des Auswärtigen, ist zum Minister der Auswärtigen Angelegenheiten ernannt worden. Ueber die Chancen des neuen Kabinets sagt das „Journal des Débats": „Wenn man die ministerielle Erklärung mit derjenigen vom 16. Januar 1886 vergleicht, so fallen zuerst ihre Lücken auf. Kein Wort über die Säuberung des Beamtenpersonals, über die Trennung der Kirche vom Staate, über die Centralmairie von Paris. Man muß Herrn Goblet Dank wissen, daß er über diese drei der äußersten Linken theure

Fragen vollständiges Schweigen beobachtet hat. Es ist ein negatives Lob, aber immerhin ein Lob. Auch dazu muß man Herrn Goblet Glück wünschen, daß er sich entschlossen erklärte, die auswärtige Politik seines Vorgängers fortzusetzen. Es war daher gut, daß das neue Kabinet sich gleich in der ersten Stunde ganz bestimmt mit dem Ministerium solidarisch erklärte, an dessen Stelle es getreten ist. . . . . Wenn das Ministerium sich eine lange Existenz zu sichern vermag, was wir nicht wissen, so wird es indessen sicherlich keine bequeme Existenz sein. Der einzige Grund einer Schonung, die ihm von der Kammer zutheil werden kann, ist die Furcht vor der Auflösung. Die Feindseligkeit der Rechten und der äußersten Linken ist zweifellos und das Ministerium hat keine andere Gewähr der Dauer, als den politischen Geist, den gesunden Sinn und die Mäßigung der radikalen Linken." Die „République Française" schreibt: „Herr Goblet hat sich geweigert, das Land zu täuschen und nach dem Sinne der äußersten Linken zu handeln, indem er undurchführbare Reformen versprach, welche die Majorität der republikanischen Partei ablehnt: die sofortige Trennung der Kirche vom Staate, die Gemeindeautonomie, die Wahl der Richter durch das allgemeine Stimmrecht. Desgleichen hat er, was die auswärtige Politik betrifft, die lobenswertheste Sprache geführt und die republikanische Majorität, welche leider noch nicht die parlamentarische Majorität der Kammer ist, hat diese Erklärung mit Beifall aufgenommen." Daß die Organe der radikalen Partei eine sehr herbe Kritik an der Regierung üben, wurde schon gemeldet. — Präsident Grévy übersandte dem Kronprinzen von Griechenland zu dessen Großjährigkeitserklärung das Großkreuz der Ehrenlegion.

— Ueber die heutige Sitzung der Deputirtenkammer berichtet man der „Köln. Ztg.": Nach Annahme des vom Senate gutgeheißenen Gesetzentwurfs über die Ehrenlegion für die Territorialarmee in der heutigen Sitzung erfolgte durch den Finanzminister Dauphin die Vorlage des Gesetzentwurfes, welcher für das Etatsjahr 1887 die vorläufigen Kredite für Januar und Februar eröffnet und Vollmacht ertheilt, die Steuern für diese zwei Monate zu erheben. Der Finanzminister verlangt die Dringlichkeit für die Vorlage. Baudry d'Asson greift heftig den Präsidenten des neuen Ministeriums, Goblet an, dem er vorwirft, er werde die Katholiken verfolgen. Mehrere Mitglieder der Rechten bemerkten, Baudry d'Asson rede bloß in seinem Namen. Baron Mackau erklärt im Namen aller Gruppen der Rechten, man habe gegen die Dringlichkeitserklärung nichts einzuwenden. Die Dringlichkeit wir hierauf beschlossen und die Sitzung unterbrochen, um den Bericht über die Forderung von zwei Zwölftel Steuern zu entwerfen. — Die Berathung im Ausschusse ergab die Annahme der Vorlage mit 17 gegen 12 Stimmen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung verlas Wilson den Bericht des Budgetausschusses über die Kreditforderung von vorläufig zwei Zwölfteln. Die Kredite, welche auf Grund der für die Ministerien bewilligten Summen, die bereits von der Kammer berathen worden, berechnet sind, und die Summen, welche von dem Budgetausschuß für die übrigen Ministerien beantragt wurden, mit Ausnahme des Kapitels, worüber Meinungsverschiedenheit zwischen dem Ausschuß und der Regierung herrscht, belaufen sich auf 665 Millionen. Die sofortige Berathung wird beschlossen. Hubbard (äußerste Linke) spricht gegen die Kreditvorlage, weil die Kammer noch Zeit genug habe, die Budgetberathung fortzusetzen. Clemenceau ist der Ansicht, daß die Frage eine politische Bedeutung habe. Alle Gruppen der republikanischen Partei müßten eine freimüthige Darlegung wünschen. Die Krisis dauere fort, eine Mehrheit sei nicht vorhanden; es sei überflüssig, zu untersuchen, ob die Regierung oder die Gruppen daran Schuld seien. Uebrigens sei es leicht zu beweisen, daß die Regierung an dem Tage gestürzt werden würde, wo das gesammte Budget mit der Bemerkung: „Keine Anleihe, keine Steuern!" verworfen werde. Was geschehen ist, sei bekannt. Es sei eine doppelte Enttäuschung für die Kammer eingetreten, die sich dann vornahm, selbst Reformen zu schaffen. Die Erklärung des Ministeriums habe niemanden befriedigt; es verschließe sich den Reformen gänzlich. Es verspreche zwar einiges, aber man dürfe damit nicht warten, bis die Krisis wieder akut werde. Goblet bemerkt, er wünsche, daß der Redner die Erklärung kritisire. Clémenceau: Dieses Aktenstück bietet nicht Stoff genug zur Kritik. (Unruhe.) Die Frage ist eine andere: es gilt zu erfahren, ob man genügende Kredite aufstellen wolle, um die von der republikanischen Partei verlangten Reformen einzuführen. Es gibt zwei gouvernementale Mehrheiten: die des Zentrums mit den Gouvernementalen der Rechten Duvals; aber die Regierung will diese nicht. Die andere Mehrheit kann nicht mit der Linken zusammenwirken. Die äußerste Linke verlangt politische Zugeständnisse, wie die Trennung der Kirche vom Staate, für welche in der Kammer eine Mehrheit vorhanden ist, sobald die Regierung will. Das Kabinet kann nicht umhin, hiermit zu rechnen. Goblet bemerkt in seiner Entgegnung, die Kirchenfrage sei brennend, aber die Lösung nicht nahe. Er (Redner) sei stets für die Trennung des Staates von der Kirche gewesen, aber eine Mehrheit hierfür müsse allmählich vorbereitet werden. Er habe niemals an eine republikanische Rechte geglaubt. Die Schattirungen in der republikanischen Partei will er nicht gelten lassen. Alle Republikaner müssen sich vereinigen zur Ausführung der patriotischen Aufgabe, welche das neue Ministerium sich gestellt habe. Hiermit wurde die allgemeine Berathung geschlossen. Die Kammer trat nach einer Erklärung Mackaus im Namen der Rechten in die Berathung der einzelnen Artikel ein. Die Annahme der Regierungsvorlage über die Bewilligungen der vorläufigen zwei Zwölftel erfolgte mit 528 gegen 12 Stimmen.

Schweiz.

Bern, 15. Dez. (Tel.) Die Bundesversammlung wählte den Radikalen Droz (Neuenburg) zum Präsidenten und den Liberalen Hertenstein (Zürich) zum Vizepräsidenten. Ferner wurden der Konservative Kopp (Luzern) zum Präsidenten des Bundesgerichts und der Radikale Stamm (Schaffhausen) zum Bundesgerichtsvizepräsidenten gewählt.

Großbritannien.

London, 14. Dez. Die Regierung hat in dem Prozesse gegen den irischen Abgeordneten John Dillon, den Organisator und Führer der Pachtverweigerungs-Bewegung, ein ihr günstiges Urtheil erfochten. Das Urtheil im Prozeß Dillon erklärt den Plan der Pächter, eine Organisation zu bilden, um die Zahlung des Pachtinses ganz von ihrem Belieben abhängig zu machen, für ungesetzlich und die Reden Dillon's für sehr geeignet, eine Verletzung der Verträge und öffentliche Unordnung herbeizuführen. Dillon wird aufgegeben, für sich selbst eine Kaution von 1000 Pfd. St. zu leisten und innerhalb 12 Tagen 2 andere Bürgen zu stellen, welche jeder 1000 Pfd. St. Garantie für Dillon's künftiges gutes Verhalten zu leisten hätten. Würden diese Garantien nicht gegeben, so verfiele Dillon in eine sechsmonatliche Freiheitsstrafe. Die Regierung wird, auf diesem Richterspruche fußend, wohl nicht ermangeln, mit Energie ferneren Aufreizungen zur Pachtverweigerung entgegenzutreten. Wenn Dillon den irischen Pächtern einzureden versuchte, sie seien in ihrem vollen Rechte, indem sie Grundbesitzern, die sich der Herabsetzung der Pachzinse weigern, den Pacht überhaupt schuldig blieben, so ist diese Illusion nun zerstört; die Pächter werden sich klar darüber werden müssen, daß die Pachtverweigerung eine Auflehnung gegen das Gesetz, daß zugleich aber die Regierung auch entschlossen ist, gegen eine solche Auflehnung einzuschreiten. — Das Bureau Reuter weiß zu melden, daß Lord Salisbury den Gedanken einer internationalen Konferenz zur Regelung der bulgarischen Frage angeregt habe, ohne damit einen unmittelbaren Erfolg zu erzielen. Nach der genannten Quelle sei vor einigen Wochen in einer Zuschrift des Lord Salisbury an Graf Hatzfeldt die Zusammenberufung einer Konferenz wegen der bulgarischen Angelegenheit vorgeschlagen worden. Der englische Premier habe erklärt, daß die Erledigung der bulgarischen und insbesondere der rumelischen Frage eine die Zustimmung Europas erheischende Abänderung des Berliner Vertrags in sich schließen würde. Frankreich und Italien hätten indeß Einwände gegen eine Konferenz und der Plan sei daher aufgegeben worden. Oesterreich erwiderte dem Bureau Reuter zufolge, daß es sich der Mehrheit der Mächte anschließen würde, während Deutschland, welchem der Vorsitz in der Konferenz zugedacht war, seine Antwort von dem Meinungsausdruck der übrigen Mächte abhängig machte. Es muß dahin gestellt bleiben, in wie weit die Reuter'sche Meldung zutrifft. — Wie es heißt, beabsichtigt die englische Regierung, das ständige egyptische Heer auf 10,000 Mann und die dortigen englischen Besatzungstruppen auf 5000 Mann herabzusetzen.

Rußland.

St. Petersburg, 14. Dez. Dem „Journal de St. Pétersbourg" zufolge konnte die einzige Mittheilung, welche der bulgarischen Abordnung in dem russischen Botschaftsgebäude in Wien gemacht worden, nur dahin gehen, daß dieselbe in Petersburg nicht empfangen würde. Die anders lautenden Nachrichten der Wiener Blätter stammten jedenfalls nicht aus der russischen Botschaft.

Bulgarien.

Sofia, 14. Dez. Einer Meldung aus Hirsch's Telegraph.-Bureau zufolge hat die Regierung die russischen Aerzte Petrowics und Ochs wegen angeblicher Aufhetzung des bulgarischen Volkes ausgewiesen.

Griechenland.

Athen, 14. Dez. Dem König sind von den europäischen Souveränen Glückwünsche zur Großjährigkeit des Kronprinzen zugegangen. Der Kronprinz hat viele Ordensdekorationen erhalten.

Amerika.

New-York, 3. Dez. Eine der wichtigsten der in der bevorstehenden Session des Kongresses zur Vorlage gelangenden Bills ist diejenige betreffs der Reorganisation des diplomatischen und Konsulardienstes. Herr Bayard, der Minister des Auswärtigen, hat dem Ausschusse des Repräsentantenhauses für auswärtige Angelegenheiten, welchem die Etatbill für den diplomatischen und Konsulardienst unterstellt ist, eine Anzahl von Vorschlägen unterbreitet, welche er zur Hebung und Vervollkommnung des Dienstes im Auslande für nothwendig hält. Die „New-Yorker Handelszeitung" berichtet über diese Vorschläge:

„Der Gesandtschaftsposten in China soll zu einem solchen ersten Ranges wie diejenigen in London, Berlin, Petersburg und Paris erhoben werden. Die Gesandtschaften in Belgien und in der Argentinischen Republik sollen in Zukunft solche dritten Ranges, das heißt mit einem jährlichen Salair von 10,000 Dollars sein, und das Salair des Ministerresidenten und Generalkonsuls in Korea soll verdoppelt werden. Sämmtlichen Gesandtschaften sollen, soweit dies bis jetzt noch nicht der Fall, Legationssekretäre beigegeben werden. Das Salair fast sämmtlicher Konsuln, deren Jahreseinkommen unter 6000 Dollars ist, wird um 500 Dollars bis 1500 Dollars erhöht. Eine große Anzahl von kommerziellen Agenten, Konsuln und Konsularagenten, welche gegenwärtig auf Gebühren als einzige Einnahmequelle angewiesen sind, sollen salarirt werden, und zwar 34 derselben in Großbritannien, 12 in Deutschland, 6 in Frankreich, 6 in Spanien und 10 in anderen Ländern. Die Salaire, welche diesen 68 Konsularbeamten gezahlt werden sollen, belaufen sich je nachdem von 1500 Dollars bis 2500 Dollars. Alle Konsularsalaire werden derartig erhöht, daß das geringste 1500 Dollars jährlich beträgt; gegenwärtig haben wir 20 Konsularposten, welche nur mit 1000 Dollars dotirt sind. Ferner sollen zwei neue Konsulate geschaffen werden, und zwar eines für die Transvaal-Republik und das andere für den Oranje-Freistaat. Auch befürwortete Herr Bayard die Ernennung zweier regulärer Inspektoren, welche die sämmtlichen Vereinigten Staaten-Konsulate im Auslande besuchen und sich über deren Geschäftsführung informiren sollen; das Salair der Betreffenden soll 4000 Dollars per Jahr betragen und sollen denselben außerdem die Reisekosten vergütet werden. Die Gesammtbewilligung, welche der Minister des Auswärtigen für den diplomatischen und Konsulardienst für das nächste Fiskaljahr verlangt, beziffert sich auf 1,934,000 Dollars. Die Bemühungen seitens unserer Administration zur Hebung unseres auswärtigen Dienstes sind an dieser Stelle mehrfach gewürdigt worden, und es steht zu hoffen, daß der Kongreß dieselben unterstützen wird. Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten wird sich voraussichtlich mit den Empfehlungen des Herrn Bayard einverstanden erklären, da sein Vorsitzender, Herr Belmont, bekanntlich in dieser Beziehung Hand in Hand mit Herrn Bayard geht. Indessen gibt es leider unter den Volksvertretern in Washington eine große Anzahl von solchen, welche absolut kein Verständniß für die Wichtigkeit einer angemessenen Vertretung der Vereinigten Staaten im Auslande haben und die aus diesem Grunde jeder Erhöhung der Ausgaben für den betreffenden Dienstzweig opponiren. Es wird deshalb der ganzen Energie der Herren Bayard und Belmont bedürfen, um die von ihnen angestrebte und von der Geschäftswelt des Landes durchaus gebilligte, weil nothwendige Hebung unseres Konsulardienstes durchzusetzen."

Zeitungsstimmen.

Gegenüber einem Artikel des „Berliner Tageblattes" stellt die „Nordd. Allg. Zeitung" fest, daß in den maßgebenden Kreisen in Berlin die Abdankung des Fürsten Alexander und die **bulgarischen Angelegenheiten** augenblicklich nicht anders beurtheilt werden als vor einem Vierteljahr. „Wir halten unentwegt daran fest — fährt sie fort —, daß die deutsche Regierung nicht dazu da ist, Bulgarien zu beglücken, sondern Deutschland vor Gefahren zu schützen; und die Forderung der Erhöhung der Präsenzstärke des deutschen Heeres ist in keiner Weise damit zu motiviren, daß Deutschland durch die bulgarische Krisis bedroht werde, sondern einfach damit, wie die Thronrede es angedeutet und der Herr Kriegsminister es gesagt und auseinandergesetzt hat, daß das deutsche Heer, verglichen mit den Armeen der anderen Großmächte, numerisch zu schwach geworden ist. Ob „das bulgarische Loch" zugestopft werde oder nicht, würde an dieser Lage der Dinge absolut nichts ändern, und die Mehrforderung der Präsenzstärke unserer Armee würde ihre volle Berechtigung behalten, gleichviel ob der zukünftige Fürst von Bulgarien persona grata oder minus grata in Petersburg wäre. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen weist das „Berliner Tageblatt" auf die angebliche Unsicherheit unserer Beziehungen zu Oesterreich hin. Darauf brauchen wir nur von Neuem festzustellen, daß diese Besorgniß gänzlich grundlos ist und daß das Vertrauen in die Festigkeit der österreichisch-deutschen Beziehungen unverändert fortbesteht. Zum Schluß lancirt sich das „Berliner Tageblatt" in die hohe Politik und versucht auszuführen, „daß dem Fürsten Bismarck vielleicht einst der Vorwurf nicht erspart werden könne, daß er die Frage der Entthronung und Ersetzung des Fürsten Alexander in ähnlicher Weise unterschätzt habe, wie seiner Zeit das „Bischen Herzegowina"!" Wir können uns der Auffassung des „Berliner Tageblattes" nicht anschließen. Wir glauben vielmehr, daß, wenn der Reichskanzler nicht, trotz der Vorwürfe und Rathschläge der Presse der Herren Windthorst, Richter und Genossen, die Katastrophe in Sofia und was darauf folgte, so aufgefaßt und behandelt hätte, wie dies geschehen ist — die augenblickliche Lage Deutschlands in der That eine sehr bedenkliche sein würde. Nach der Meinung dieser Pseudo-Diplomaten hätte der Reichskanzler von den Vorgängen in der Herzegowina und Bulgarien jederzeit wie von bedrohlichen Ereignissen reden müssen, bei denen Deutschland in erster Linie interessirt sei und durch welche er selbst sich geängstigt und beeinflußt fühle. Auch hätte Fürst Bismarck, von diesem Gesichtspunkte aus, deutlich zu erkennen geben müssen, daß er gewillt sei, Alles daran zu setzen, um den angeblichen deutschen Interessen in der Herzegowina und in Bulgarien jeden erdenklichen Schutz angedeihen zu lassen." Am Schlusse führt sie endlich aus: „Deutschland hat genug eigene und wirkliche Interessen zu vertreten! Wer uns aber einreden will, daß die Vorgänge in Bulgarien dabei in erster Linie ständen, der ist entweder ein Gegner des Deutschen Reiches oder hat die politische Abc-Schule noch nicht absolvirt. Wer dagegen mit der Behandlung politischer Fragen vertraut ist und die Geschäfte kennt, der wird fortfahren, unbeirrt von dem „Bischen Herzegowina" und dem „Bischen Bulgarien" zu reden."

Die „National-Zeitung" sagt, indem sie gegen die **Gegner der Militärvorlage** polemisirt: „Unter den obwaltenden Verhältnissen kann man den Berechnungen betreffs der Stärke einerseits des deutschen, andrerseits des französischen und des russischen Heeres, wie sie in der Kommission stattfanden, keine maßgebende Bedeutung beimessen. Die Berichte darüber sind so unzulänglich, daß man sich kein Urtheil bilden kann; es ist gleichwohl anzunehmen, daß die Statistik des deutschen Generalstabs sich den Ergebnissen der Lektüre militärischer Zeitschriften seitens des Abg. Richter überlegen erwiesen hat. Es bedarf indeß angesichts des allgemeinen Stärkeverhältnisses der in Frage stehenden Länder eines zahlenmäßigen Nachweises nicht, und ein solcher ist in überzeugender Weise nicht möglich zur Begründung der Nothwendigkeit einer bestimmten Friedens- und Kriegsstärke. Wir müssen so stark sein, wie wir irgend können, und dazu gehört die militärische Ausbildung wenigstens aller derjenigen Mannschaften, welche nach den bisherigen strengen Grundsätzen der Aushebungsbehörden tauglich sind; die Durchführung dieses Satzes ergiebt, wenn an der bisherigen durchschnittlichen Dauer der Dienstzeit festgehalten werden muß, ungefähr die Präsenzstärke der Vorlage. Die Gegenrechnungen, mit denen Herr Richter dieselbe bekämpft, kommen auf den Gedanken hinaus, daß wir genug gethan haben, wenn wir uns nicht überflügeln lassen, wenn wir sogar nur einem unserer möglichen Gegner einigermaßen gewachsen bleiben. Die Leichtfertigkeit des Standpunktes, daß unsere Diplomatie uns gegen eine Koalition von Feinden die entsprechend starken Bundesgenossen verschaffen müsse, ist schon früher dargelegt worden. . . . Die Frage liegt sehr nahe, wie es heute um uns stände, wenn bis 1866 die preußische, von 1866 bis 1870 die norddeutsche Militärverwaltung sich begnügt hätte, für eine hinter dem voraussichtlichen Gegner nicht zurückbleibende Streitmacht zu sorgen. Nein, sie hat sich bemüht, demselben so weit wie möglich überlegen zu werden, und dadurch sind die Erfolge erreicht worden. Nach den Grundsätzen, welche der Abg. Richter als militärischer Vertrauensmann der Deutschfreisinnigen und, wie es scheint, auch des Zentrums verficht, hätten wir in Preußen vor 1866 nicht das Zündnadelgewehr anschaffen dürfen, da die Oesterreicher eine schlechtere Infanteriewaffe hatten, und vor 1870 nicht die Kanonen, welche denen der Franzosen überlegen waren. Es ist wenigstens nicht abzusehen, warum das Prinzip, daß man sich auf dem Niveau des voraussichtlichen Gegners zu halten habe, nur betreffs der Zahl der Soldaten und nicht auch hinsichtlich der sonstigen Kriegsmittel gelten soll; kostspielig sind die letztern ja ebenfalls."

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 15. Dezember.

Heute Vormittag ertheilte Seine Königliche Hoheit der Großherzog den nachgenannten Personen Audienz: dem katholischen Pfarrer Beyerle von Zuzenhausen, dem evangelischen Pfarrer Arnold von Mahlberg, dem Sekretär der hiesigen Technischen Hochschule, Rechnungsrath Beutel, dem Oberregierungsrath Dr. Lydtin von hier, dem Pro-

fessor Richard an der Technischen Hochschule dahier, dem Universitätsbuchhändler Winter von Heidelberg, dem Professor Gremmelspacher von Bruchsal, dem katholischen Pfarrer Moser von Fautenbach, dem Verlagsbuchhändler Siebeck von Freiburg, dem Verlagsbuchhändler Trübner von Straßburg, dem Oberamtmann Reinhard von Kehl, dem Landgerichtssekretär Reiß von Konstanz, dem Grafen von Berlichingen von hier, dem Oberförster und Kammerjunker von Wänker von Donaueschingen. Danach nahm der Großherzog die Meldung des Generallieutenants Grafen von Häseler, Kommandeur der 20. Division, entgegen.

Um Mittag traf Seine Königliche Hoheit der Fürst von Hohenzollern aus Baden-Baden hier ein, stieg im Großherzoglichen Schlosse ab, nahm bei den Großherzoglichen Herrschaften ein Dejeuner ein und kehrte Abends nach Baden-Baden zurück.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog nahm Abends die Vorträge des Legationssekretärs Freiherrn von Babo und des Präsidenten von Regenauer entgegen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Bäckermeister Karl Krauß hier das erbetene Prädikat „Hofbäcker" zu verleihen.

---

* (Das „Gesetzes- und Verordnungsblatt für das Großherzogthum Baden") Nr. 52 vom 14. Dezember enthält eine Bekanntmachung des Staatsministeriums vom 3. Dez., die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden mit Militäranwärtern betreffend, nebst zwei Bekanntmachungen des Reichskanzlers vom 28. Juli d. J. in gleichem Betr ff.

* (Ueberfüllung der Postschalterräume in der Weihnachtszeit) ist eine alljährlich wiederkehrende Klage. Bis zu einem gewissen Grade würde das Publikum selbst leicht Abhilfe schaffen können. Die Einlieferung der Weihnachtspäckereien sollte nicht lediglich oder vorwiegend bis zu den Abendstunden verschoben, namentlich sollten Familiensendungen thunlichst an den Vormittagen aufgegeben werden. Mit seinem Bedarf an Postwerthzeichen müßte sich ein Jeder schon vor dem 19. Dezember versehen. Ebenso sollten Zeitungsbestellungen nicht in den Tagen vom 19. bis 24. Dezember bei den Postanstalten angebracht werden. Selbstfrankirung der einzuliefernden Weihnachtspackete durch Postwerthzeichen müßte die Regel bilden. Endlich empfiehlt es sich, das Geld für die am Postschalter zu leistenden Zahlungen abgezählt bereit zu halten. Die Befolgung dieser Rathschläge würde der Post und dem Publikum gleichmäßig nützen.

* (Herr Hofkapellmeister Felix Mottl) hat sicherem Vernehmen nach die Berufung an die Königliche Oper in Berlin angenommen und scheidet demgemäß mit Ende der laufenden Saison aus dem Verbande des Großherzoglichen Hoftheaters aus. Herr Mottl wird in Berlin die moderne Oper, vorzugsweise die Wagner'sche, zu dirigiren haben, während zum Leiter der klassischen Opern Herr Musikdirektor Deppe berufen worden ist.

** (Bürgerausschuß.) In der gestrigen Sitzung des Bürgerausschusses wurden die auf der Tagesordnung befindlichen Gegenstände genehmigt. Dieselben betrafen 1) Bewilligung von Remunerationen an das bei Ausführung der Kanalisation der Stadt thätig gewesene Personal; 2) Abtretung von 36,5 Q.-M. Straßengelände Ecke der Zähringer- und Kronenstraße an Schäftefabrikant H. Schütz um den Kaufpreis von 500 M.; 3) Verwendung einer Dienstwohnung in dem der Baugewerkschule eingeräumten städtischen Gebäude zu Zwecken dieser Schule; 4) Anstellung des Grund- und Pfandbuchführers Kretz mit Pensionsberechtigung und Festsetzung des jährlichen Gehalts desselben auf 5000 M. mit jährlicher Erhöhung von 200 M. bis zum Höchstbetrag von 6000 M. nebst Zuweisung von ein Zwölftel der sich ergebenden Gebühren; 5) Erlassung eines Ortsstatuts über den Ersatz der Kosten für Herstellung einer Parallelstraße zur Durlacher Allee nördlich der Dampfbahn zwischen Friedhofsweg und Durlacher Gemarkungsgrenze; 6) Bewilligung einer Summe von 1000 Mark zur Prämiirung von Schlachtvieh, welches auf die ersten hier zur Einführung kommenden Viehmärkte zu Markt gebracht wird; Ziff. 1, 2, 3, 5 und 6 wurden einstimmig, Ziff. 4 ward mit allen gegen eine Stimme (F. Schmidt) genehmigt. Die Anträge über die Verwaltung und den Betrieb des Schlacht- und Viehhofes, sowie die Abänderung der Verbrauchssteuerordnung wurden, nachdem seitens des Stadtraths der Antrag auf Erhöhung der Verbrauchsteueuer für Schweine von 85 Pf. auf 1 M. 80 Pf. zufolge Antrags des Stadtverordnetenvorstandes in seiner Sitzung vom 7. Dezember vorläufig zurückgezogen wurde, mit 81 gegen 6 Stimmen (Lattner, B. Pfeiffer, G. Pfeiffer, Roth, Wörner und F. Zimmermann, sämmtlich aus dem Stadttheil Mühlburg) genehmigt. (Ausführlicher Bericht folgt.)

* (Dem Instrumentalverein) ist, wie wir erfahren, von Seiner Großherzoglichen Hoheit dem Prinzen Karl, Höchstwelcher bekanntlich die Gnade gehabt hat, das Protektorat über den Verein zu übernehmen, aus Anlaß des dreißigjährigen Bestehens des Instrumentalvereins ein namhaftes Geldgeschenk überwiesen worden.

□ (Das Schwurgericht) hatte als vierten Fall die Anklage gegen den Fabrikarbeiter Georg Weckmann aus Reichenbach wegen Meineids zu verhandeln; auf Grund des Wahrspruchs der Geschworenen wurde der Angeklagte, unter Zubilligung mildernder Umstände, zu einem Jahr Gefängniß und dreijährigem Ehrverlust verurtheilt.

× (Der Lebensbedürfnißverein) Karlsruhe hat im Laufe dieses Jahres einen ungewöhnlich starken Zugang von Mitgliedern zu verzeichnen; es sind 300 Personen neu zugegangen und nur 63 abgegangen, so daß die Zahl der Vereinsmitglieder jetzt 1352 beträgt. Aus allen Ständen schließen sich dem in bester finanzieller Lage stehenden, sorgfältig geleiteten Unternehmen neue Mitglieder an. Ganz besonders erfreulich ist die Wahrnehmung, daß auch in den Kreisen der kleinen Leute, der Handwerker und Arbeiter, wie der untern Beamten die Erkenntniß von der segensreichen Wirksamkeit des Vereins sich verbreitet. Für eine jede Familie ist es von Werth, eine Ersparniß von etwa 10 Prozent am Haushalte zu machen, und dies ohne Opfer und Entbehrung, viel wichtiger aber ist noch die gute Wirkung des Vereins auf die Mitglieder, welche sich an Baarzahlung gewöhnen, ihren Haushalt in Ordnung halten und wirthschaftlich vorankommen. Die genossenschaftliche Selbsthilfe vermag auch, indem sie die Lage ihrer Mitglieder dauernd zu verbessern sucht und an Stelle des unseligen Borgsystems den einzig richtigen Grundsatz der Baarzahlung der täglichen Bedürfnisse festhält, zur Lösung unserer sozialen Frage ein gutes Theil mitzuwirken. Der wirthschaftlich selbständige Mann, der baar zu zahlen gewohnt ist, der wird niemals im Lager der Sozialdemokraten zu finden sein.

* (Die Eröffnung des Eisenbahntunnels an der Ettlinger Straße) scheint mit einiger Ungeduld erwartet zu werden, da schon wiederholt verfrühte Nachrichten darüber durch die Presse gegangen sind. Nunmehr dürfte jedoch die Uebergabe des Tunnels an das Publikum unmittelbar bevorstehen. An fleißiger Benützung dieses neuen Verbindungsweges mit dem Bahnhofstadttheile wird es sicherlich nicht fehlen; nur möchten wir den Wunsch aussprechen, daß dabei der Unterschied zwischen dem für den Eingang und dem für den Ausgang bestimmten Wege stets beachtet werde. Hinsichtlich des jetzigen Brückenüberganges konnte man die Beobachtung machen, daß die zum Abstieg bestimmte Treppe sehr häufig für das Aufsteigen und auf der andern Seite wiederum die Aufgangstreppe zum Abstieg benutzt wurde, was den Verkehr auf der Brücke öfters erschwerte. Mit kleiner Mühe werden alle Verkehrsstörungen in dem Tunnel zu vermeiden sein, wenn das Publikum bei dem Passiren desselben den richtigen Eingang benutzt.

♂ **Baden**, 15. Dez. (Bürgerausschuß. — Lotterie. — Todesfall.) In der gestrigen Bürgerausschuß-Sitzung wurden sämmtliche Vorlagen des Stadtraths meist einstimmig angenommen. Bei der Debatte über den Zuschuß von 1000 M. zum Kurorchester-Pensionsfond wurde die Frage einer Pensionskasse für städtische Angestellte angeregt, die bald spruchreif sein dürfte. Der Vorschlag eines Stadtverordneten, gleich auf zehn Jahre hinaus den Zuschuß zu genehmigen, fand keine Unterstützung. Die Versammlung beschloß ferner, der Kurfondskasse die Hälfte der aus Eintrittskarten für außergewöhnliche Veranstaltungen fließenden Einnahme zuzuweisen, da die Kurtaxe dieses Jahr die hohe Ziffer von 100,000 M. nahezu erreichen wird und dies theilweise diesen Festlichkeiten zu danken ist. — Die dritte Ziehung der Badener Lotterie wird in den Tagen vom 27. bis 29. Dezember vor sich gehen; dieselbe wurde um etwa 3 Wochen hinausgeschoben, weil das Weihnachtsfest eine passende Gelegenheit zu ansehnlichem Absatz der restirenden Loose zu bieten schien. — Am Samstag Abend verstarb der seit langen Jahren hier im Ruhestand lebende Geheime Hofrath Dr. Karl Heinrich Baumgärtner, ehedem ordentlicher Professor an der Universität Freiburg, im 89. Lebensjahr. Der Verstorbene gehörte vor einem Menschenalter zu den glänzendsten Vertretern der berühmten Hochschule und wurde von der Stadt Freiburg zum Ehrenbürger ernannt. Sein Sohn, der hier ansässige Medizinalrath Dr. Jul. Baumgärtner, leitet seit Jahren das städtische Krankenhaus mit Privatklinik und genießt als Operateur und Gynäkologe einen weithin verbreiteten Ruf.

§* **Pforzheim**, 14. Dez. (Konzert. — Theater. — Ausstellung. — Garnison. — Gewitter.) Auf gestern Abend hatte der hiesige Musikverein in der Turnhalle ein großes Konzert veranstaltet unter Leitung des Herrn Musikdirektor Th. Mohr und unter Mitwirkung der Frau Frieda Höck und der HH. Hofopernsänger Guggenbühler und Plank aus Karlsruhe, der Frau Kapellmeister Ruscheweyh und des Herrn Oskar Maischhofer von hier, sowie des Karlsruher Hoforchesters und des hiesigen Männergesangvereins. Das Programm umfaßte in der ersten Abtheilung: „Oberon-Ouvertüre" von K. M. v. Weber und „Coriolan" von Fr. Lux, in der zweiten Abtheilung: „Das Märchen von der schönen Melusine" von Osterwald, komponirt von Heinr. Hofmann. Die Durchführung des Konzertes war im Einzelnen wie im Ganzen eine meisterhafte und gereicht den sämmtlichen Mitwirkenden, sowie auch dem Vereine und dessen Dirigenten zu großer Ehre. Der Besuch war ein außerordentlich zahlreicher. — Am Sonntag fand das dritte Gastspiel der Großh. Hofschauspieler im hiesigen Museum statt, das den mitwirkenden Künstlern und Künstlerinnen gleichen Beifall einbrachte, wie die früheren. Zur Aufführung gelangten: „Die Neuvermählten", Schauspiel von Björnstjerne Björnson, und „Das erste Mittagessen", Lustspiel von Karl Görlitz. — Die jeweils Sonntags für die Mitglieder geöffnete Ausstellung im „Kunstgewerbe-Verein" hat wieder eine werthvolle Bereicherung erfahren durch eine größere Kollektion kostbarer Silbergeräthe von P. Bruckmann u. Söhne in Heilbronn, darunter ein prächtiger, reich montirter Dokumentkasten. — Aus bürgerlichen Kreisen ist eine mit mehr als 2000 Unterschriften bedeckte Eingabe dem Stadtrath eingereicht worden, worin die Bitte ausgesprochen wird, im Falle der Vermehrung des Militärbestandes geeignete Schritte zu thun, daß Pforzheim eine Garnison zugetheilt erhält. — Letzten Sonntag Morgen hatten wir hier bei +9 Gr. R. ein kurzes Gewitter mit Blitz und Donner. Heute Mittag hatten wir +11 Gr. R. im Schatten.

♂ **Freiburg**, 14. Dez. (Vorträge.) Das Vereinsleben ist gegenwärtig hier ein sehr reges und entfaltet sich ganz besonders auf dem Gebiete der Vorträge. Mit einem Vortrag, welchem die hiesige Presse große Aufmerksamkeit schenkte, eröffnete Herr Bankier Julius Mez am Freitag voriger Woche die erste gesellige Zusammenkunft der Handelskammer. Der Redner hatte sich zum Thema den stetigen Rückgang der Ein- und Ausfuhrziffern der meisten Länder, insbesondere Deutschlands, Frankreichs, Italiens, der Vereinigten Staaten Nordamerikas gewählt. — Auch der Schwarzwald-Verein hielt jüngst seinen ersten geselligen Abend ab und wurden die Mitglieder durch touristische Mittheilungen der Herren Dr. Engesser und Oberamtmann Muth erfreut. — Im Arbeiterbildungsverein wurden schon mehrere interessante Vorträge gehalten und ist noch eine namhafte Zahl in Aussicht genommen. Am vorigen Samstag sprach Herr Gymnasialprofessor Keller, der verdienstvolle Vorstand des Vereins über „Winter und Weltende in der altdeutschen Sage". — Heute Abend hielt der Historische Verein, der unter der Leitung des Herrn Professor Kraus steht, im kleinen Museumssaale seine zweite Monatsversammlung. In derselben wies in eingehendem Vortrag Herr Diakonus Maurer von Emmendingen die Spuren einer künstlichen Ableitung des Neckars bei Ladenburg nach und Herr Universitätsbibliothekar Dr. Pfaff hielt über einen merkwürdigen Mann des 15. Jahrhunderts, Johann von Soest, der Sänger, Dichter und Arzt zugleich war, einen Vortrag. Von jenem Dichter sind noch verschiedene literarische Arbeiten auf uns gekommen, die in vielfacher Hinsicht ein treues Sittenbild der Zeit liefern. Johann von Soest hat in vielen Städten verkehrt, so längere Zeit am Hofe in Heidelberg; sein letzter Aufenthalt war Frankfurt, wo er die Stelle eines Stadtarztes bekleidete.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 15. Dez. Der Reichstag berieth die Anträge Kayser. Kayser begründete seine Anträge, worauf Ackermann gegen die Anträge, aber für Verweisung derselben an eine Kommission sprach. Der Bundesbevollmächtigte Generalstaatsanwalt Held wies die Behauptung Kayser's zurück, daß die Staatsanwaltschaft die Bestimmungen über die Koalitionsfreiheit willkürlich führe.

Struckmann bemängelte die Unklarheit der Anträge und behauptete, das hier Angestrebte sei bereits auf dem Boden der bestehenden Gesetzgebung statthaft, er habe aber nichts gegen die Kommissionsberathung. Lieber ist ebenfalls für Kommissionsberathung. Die Anträge werden hierauf an eine einundzwanzigliedrige Kommission verwiesen.

Berlin, 15. Dez. Das Kreuzergeschwader unter Kommando des Contreadmirals Knorr, zu dem die Kreuzerkorvette „Sophie" gestoßen, ist gestern von Sansibar eingetroffen.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harder in Karlsruhe.

Großherzogliches Hoftheater.

In Karlsruhe: Donnerstag, 16. Dez. 140. Ab.-Vorst.: **„Orpheus und Eurydike"**, Oper in 3 Aufzügen, von Ch. Ritter v. Gluck. — **„Der zerbrochene Krug"**, Lustspiel in 1 Akt, von Heinrich v. Kleist. Anfang 1/2 7 Uhr.

Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register.

Todesfälle. 14. Dez. Karoline, Ehefr. v. Bahnbau-Inspektor Eberlin, 38 J. — 15. Dez. Barbara, Ehefr. v. Gärtner Weber, 30 J. — Karoline, 20 J. B.: † Streib, Schuhmacher.

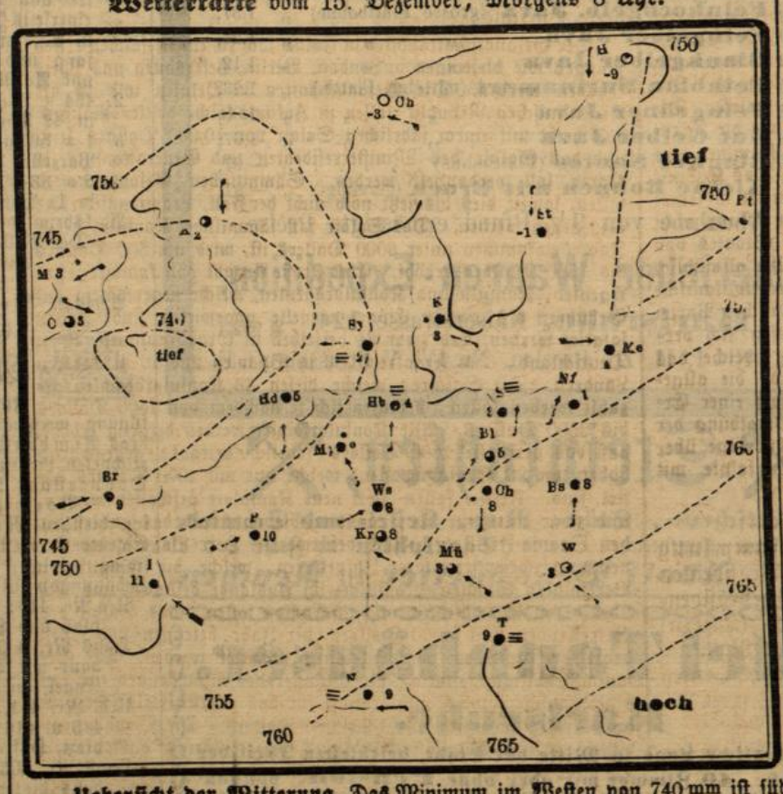
Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Dezember	Barom. mm	Therm. in C.	Absol. Feucht. in mm	Relative Feuchtigkeit in %	Wind.	Himmel.
14. Nachts 9 U.	744.5	+12.0	8.6	83	SW_1	bedeckt
15. Mrgs. 7 U. [1])	742.1	+ 8.8	7.5	89	SE_0	„
15. Mittgs. 2 U.	740.5	+13.2	7.2	64	SW_1	„

[1]) Regen = 1.8 mm der letzten 24 Stunden.

Wasserstand des Rheins. Maxau, 15. Dez., Mrgs. 4.61 m, gestiegen 39 cm.

Wetterkarte vom 15. Dezember, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Das Minimum im Westen von 740 mm ist südostwärts nach England fortgeschritten, das andere im Nordosten von 746 mm ist im Verschwinden begriffen. Der höchste Luftdruck von 766 mm liegt über Ungarn. Bei schwacher südöstlicher bis südwestlicher Luftströmung ist das Wetter über Deutschland andauernd warm und vorwiegend trübe. Ueber fast ganz Westeuropa ist Regen gefallen, über Nordeuropa hat der Frost zugenommen, dagegen herrscht über ganz West-Mitteleuropa ungewöhnlich hohe Wärme. (Deutsche Seewarte.)

Frankfurter telegraphische Kursberichte

vom 15. Dezember 1886.

Staatspapiere.		Bahnaktien	
4% Deutsche Reichsanleihe	105.90	Staatsbahn	202 3/4
4% Preuß. Cons.	105.60	Lombarden	84 1/2
4% Baden in fl.	103.55	Galizier	157.60
4% „ in M.	104.75	Elbthal	135 3/4
Oesterr. Goldrente	91.85	Mecklenburger	163.—
„ Silberr.	67.45	Hess. Ludwigsbahn	—.—
4% Ungar. Goldr.	84.15	Lübeck-Büchen Pb.	161.90
1877r Russen	96.10	Gotthard	98.—
1880r „	82.90	**Wechsel und Sorten.**	
II. Orientanleihe	56.90	Wechsel a. Amst.	168.25
Italiener compt.	100.20	„ „ Lond.	20.37
Egypter	76.40	„ „ Paris	80.30
Spanier	68.10	„ „ Wien	161.30
5% Serben	79.20	Napoleonsd'or	16.10
Banken.		Privatdiscont	3 7/8
Kreditaktien	238	Bad. Zuckerfabrik	82.—
Discont.-Commandit	213.50	Alkali Wester.	—.—
Basler Bankver.	173.30	**Nachbörse.**	
Darmstädter Bank	142.10	Kreditaktien	237 3/4
5% Serb. Hyp.-Ob.	79.15	Staatsbahn	203
		Lombarden	84 3/4
		Tendenz: matt.	

Berlin.		Wien.	
Oest. Kreditakt.	478.—	Kreditaktien	297.—
„ Staatsbahn	409.—	Marknoten	61.72
Lombarden	172.—	Tendenz: ruhig.	
Disco.-Comman.	213.50	**Paris.**	
Laurahütte	80.50	4 1/2% Rente	—.—
Dortmunder	62.70	Spanier	68 5/8
Marienburger	36.50	Egypter	385
Mecklenburger	—.—	Ottomane	535
Tendenz: —.		Tendenz: —.	

Schönste Weihnachts-Geschenke!

C.1.1. Soeben erschienen im Verlag von **Gebr. Pollmann in Karlsruhe** und sind durch jede Buchhandlung zu beziehen:

O lieb, so lang Du lieben kannst!

Eine Weihnachtsgabe für die Jugend von

Leonie v. Kleist,
geb. Gräfin Kospoth.

Hochelegant geb. illustr. Ausgabe *M.* 3.

Unter allen Jugend-Erzählungen für den diesjährigen Weihnachtstisch nimmt dieses Werk der hochangesehenen Verfasserin eine hervorragende Stelle ein.

Kleine Bildermappe.

Federzeichnungen
von **Elise Polko.**

Hochelegant geb. mit Goldschnitt *M.* 6.

Diese neuesten Novellen der berühmten Verfasserin, welche Ihrer Königlichen Hoheit der Frau Erbgroßherzogin Hilda von Baden gewidmet sind, gehören zu den besten Sachen der neuen Unterhaltungslektüre und sind im hohen Grade salonfähig.

Vorräthig in Karlsruhe in der **G. Braun'schen Hofbuchhandlung,** Karl Friedrichstraße Nr. 14.

A.923. In der **G. Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe** ist zu haben:

Die Kunst, ein
vorzügliches Gedächtniß
zu erlangen, so daß man **Alles, was man hört und liest, besser behalten kann.** — Auf **Wahrheit, Vernunft** und **Erfahrung** begründet. — Von Dr. Hartenbach.
13. Auflage. 1 Mark.

Fr. Doert,

Karlsruhe, Lammstr. 12,
in nächster Nähe des Friedrichsplatzes,
empfiehlt sein
reichhaltiges Musikalienlager
bei Einkäufen von
Weihnachts-Geschenken
geneigter Beachtung.
Kataloge und Auswahlsendungen stehen auf Wunsch bereitwilligst zur Verfügung. A 982.1.

Murgthal-Eisenbahn-Gesellschaft.

Die am 1. Januar 1887 fällige Abschlagsdividende wird bereits **vom 20. d. M. ab** mit 2 % bei den Kassen der **Rheinischen Creditbank** in **Mannheim, Karlsruhe, Freiburg,** sowie bei Herrn **Jakob Dreyfuß hier** eingelöst.

Gernsbach, den 14. Dezember 1886.
Der Verwaltungsrath.
Abel. B.718.1.

Eis. Kinderschlitten,

fein lackirt, leicht gehend, in **ca. 25 verschied. Sorten** von **M. 3.80** an, empfiehlt **Wilh. Wolf** in **Bühl** i. Bad.

Zeichn. und Preise auf Verlangen sofort. A.705.7.

B.708.1. Nr. 275. Ottersdorf.

Nutzholzversteigerung.

Die Gemeinde Ottersdorf versteigert **am Dienstag dem 21. Dezember d. J.,** Vormittags um 10 Uhr, in ihrem Gemeindewald folgende Hölzer:

194 Stück Eichen,
30 „ Erlen,
11 „ Ruschen,
10 „ Kirschenbäume,
4 „ Weiden und
4 Ster Kieferholz.

Die Zusammenkunft ist auf der Schweinweide und von dort in den Hiebschlag Schlag 10.

Ottersdorf, den 14. Dezember 1886.
Das Bürgermeisteramt.
Jung.
vdt. Schmidt.

Bürgerliche Rechtspflege.

Entmündigung.

B.686. Nr. 20,424. Rastatt. Die ledige Theresia Wald von Stollhofen wurde wegen bleibender Geistesschwäche durch Gerichtsbeschluß vom 24. v. M., Nr. 19,403, entmündigt.

Rastatt, den 6. Dezember 1886.
Großh. bad. Amtsgericht.
Engelberth.

Verbeistandung.

B.691. Nr. 10,574. Neustadt. Durch diesseitigen Beschluß vom 7. d. Mts., Nr. 10,479, wurde die Witwe Maria Agatha Feser, geb. Bertsche von Neustadt, wegen bleibender Gemüthsschwäche nach L.R.S. 489, 499 unter Beistandschaft gestellt und demzufolge Hauptlehrer Karl Metzger in Neustadt zu ihrem Beistand ernannt.

Neustadt, den 9. Dezember 1886.
Großh. bad. Amtsgericht.
Dr. Köhler.

Kinder- u. Gesellschaftsspiele

in großer Auswahl zu billigen Preisen empfiehlt die
G. Braun'sche Hofbuchhandlung,
A.920.2. Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße Nr. 14.

A.1000.

So eben sind eingetroffen:

Neue sehr schön ausgestattete Jugendschriften:

Töchter-Album. Herausgegeben von Thekla von Gumpert.
Gebunden Mk. 6,75, in schwarz Kaliko geb. Mk. 7,50, in roth Kaliko Mk. 7,75.

Herzblättchens Zeitvertreib.
Herausgegeben von Thekla von Gumpert. Gebunden in engl. Leinwand mit reicher Vergoldung 6 Mk., kart. in eleg. Umschlag Mk. 5.25.

Komische Thiere von Julius Lohmeyer und Fedor Flinzer. Ein lustiges Bilderbuch. Preis geb. 6 Mk.

Winter-Märchen von Heinrich Seidel.
Mit 4 Bildern in Farbendruck von Woldemar Friedrich und 50 Holzschnitten. Elegant in Kaliko gebunden 5 Mk.

Verlag von Carl Flemming in Glogau.

In *Karlsruhe* vorräthig in der *Buchhandlung* von *Th. Ulrici*, Kaiserstr 157.

Preussische Hypotheken-Versicherungs-Actien-Gesellschaft zu Berlin.

Die am 1. Januar f. fälligen Coupons unserer
4½, 4 und 3½ % Hypotheken-Antheil-Certificate
werden bereits vom 15. Dezember cr. ab bei Herrn
Veit L. Homburger in Karlsruhe
kostenfrei eingelöst.

Den Verkauf unserer Papiere hat vorstehend genannte Firma übernommen, Stücke können dort jederzeit bezogen und ausführliche Prospecte in Empfang genommen werden. A.987.

Preussische Hypotheken-Versicherungs-Actien-Gesellschaft.

Gerösteter Kaffee

(in Packeten von ½ und 1 Pfund).

Wir empfehlen unter **Garantie für Reingeschmack** unsere in **patentirter Röstanlage gerösteten Kaffees:**

		per Pfund zu
Nr. 101	**Feinbraun. Preanger** (sehr grosse Plattbohne)	Mk. 1.73,
„ 102	**Arabischer Mocca** (Plattbohne)	„ 1.41,
„ 107	**Blanker Menado** (sehr grosse Plattbohne)	„ 1.59,
„ 110	**Goldgelber Java** (Perlbohne)	„ 1.45,
„ 111	**Feinhochgelb Java** „	„ 1.54,
„ 112	**Feingelber Java** „	„ 1.34,
„ 118	**Grünlicher Java** „	„ 1.25,
„ 119	**Gemischter Perlkaffee**	„ 1.15,
„ 124	**Java Perl**	„ 1.42,
„ 136	**Feinhochgelb. Java** (grosse Plattbohne)	„ 1.37,
„ 139	**Feingelber Java** „ „	„ 1.25,
„ 142	**Blankgelber Java** „ „	„ 1.12,
„ 145	**Feinblau Surinamart** (mittelgr. Plattb.)	„ 1.23,
„ 148	**Feingrüner Java** „ „	„ 1.08,
„ 151	**Gut Gelber Java** „ „	„ 1.07,
„ 154	**Blanker Santos** (Plattbohne)	„ —.97,
„ 157	**Kleine Bohnen mit Bruch** (gereinigt)	„ —.91.

Bei Abnahme von 9½ Pfund ermässigte Preise.

Emmericher Waaren-Expedition,
Karlsruhe, Kaiserstrasse 124. A.992.1.
Filialen: Nr. I, II, III Breslau, Nr. IV, V Strassburg i. E.

A.543.17 **Steinkohlen,**

Ruhrer Fettschrot-, Stück-, Nuß-, Kessel- und Schmiede-Kohlen, sowie sämmtliche Sorten **Saarkohlen** ab Zeche und ab Mannheim. **Adolf Brandstetter in Neuchen.**

Hotel Tannhäuser,

A.819.5. **Karlsruhe.**

Vorzügliche Lage in Mitte der Stadt, belebtesten Theil der Kaiserstraße, 40 Zimmer mit oder ohne Pension, vollständig neu und comfortabel der Neuzeit entsprechend eingerichtet, große elegante Restaurations-Lokalitäten, viel besuchtes **Café** und **Billard-Saal,** hält sich dem geehrten Publikum bestens empfohlen.

Chr. Fleischmann.

Unwiderruflich
Letzter Tag.
Theater
im großen Saale der
Eintracht
Donnerstag den 16. Dezember:
Letztes Gesammt-Gastspiel der
Liliputaner.

Abends 7½ Uhr:
Abschiedsvorstellung.
Zum letzten Male:
Die kleine Baronin.

Die Preise der Plätze sind wie folgt: Sperrsitz M. 2.—, Saalsitz M. 1 50, Saal Stehplatz M. 1.—, Galerie 60 Pf.
Anfang 7½, Kassenöffnung 7 Uhr.

Billets im Vorverkauf sind in der Musikalienhandlung des Herrn **L. Fr. Schuster** zu haben. B.693 IV

Heute unwiderruflich
Abschiedsvorstellung.

Bürgerliche Rechtspflege.

Erbeinweisung.

B.684. Nr. 12,079. Kenzingen. Das Gr. Amtsgericht Kenzingen hat heute beschlossen:

Nachdem auf die diesseitige Aufforderung vom 8. Oktober d. J., Nr. 9990, Einsprachen nicht erhoben wurden, wird die Witwe des Landwirths Robert Bosch, Elisabetha, geb. Deckert von Riegel, in Besitz und Gewähr des Nachlasses ihres Ehemannes eingewiesen.

Kenzingen, den 10. Dezember 1886.
Der Gerichtsschreiber:
Nuß.

Handelsregistereinträge.

B. 683. Nr. 10,491. Neustadt. Zu O.Z. 80 des Firmenregisters wurde eingetragen:

Die Firma: „F. J. Sandmann in Neustadt" Inhaber der Firma: Franz Josef Sandmann, Kaufmann in Neustadt.

Neustadt, den 7. Dezember 1886.
Großh. bad. Amtsgericht.
Dr. Köhler.

Zwangsversteigerungen.

A.981. Adelsheim.

Steigerungs-Ankündigung.

In Folge richterlicher Verfügung werden den Müller Lorenz Gramlich sammtverbindlichen Eheleuten in Bofsheim am

Montag dem 10. Januar 1887,
Vormittags 10 Uhr,

im Rathhaus zu Bofsheim die unten beschriebenen Liegenschaften der Gemarkung Bofsheim öffentlich zu Eigenthum versteigert, wobei der Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungspreis oder darüber geboten wird, als:

1. 25 a 62 qm Hofraithe im Ortsetter, worauf ein zweistöck. Wohnhaus mit einer Mahlmühle-Einrichtung, Scheuer, Schweinställen, Wagenhalle, mit gewölbtem Keller und Holzschneidmühle steht, einerseits Johann David Hettinger u. A., andert. Christian Geiger jung und Johann Lorenz Bleich und Aufstößer, Tax . 12,000 *M.*
2. 454 a 36 m Ackerland in 42 Parzellen. Tax 3,369 *M.*
3. 1 a 56 m Wiese in 1 Parzelle, Tax. . . . 10 *M.*
3. 5 a 33 m Gartenland in 11 Parzellen, Tax 75 *M.*

Adelsheim, den 6. Dezember 1886.
Der Vollstreckungsbeamte:
Großh. Notar
Naber.

A.944.2. Donaueschingen.

Steigerungs-Ankündigung.

Infolge richterlicher Verfügung werden dem Engelwirth Ambros Armbruster dahier die nachverzeichneten Liegenschaften am

Donnerstag, 23. Dezember d. J.,
Vormittags 8 Uhr,

im hiesigen Rathhause öffentlich zu Eigenthum versteigert, wobei der Zuschlag erfolgt, wenn wenigstens der Schätzungspreis erreicht wird:

Urb.Nr. 410: ca. 20 Ruthen Hausplatz und Hofraithe;
Haus Nr. 303: ein zweistöck. Wohnhaus mit Taferngerechtigkeit zum Engel, an der Hauptstraße;
Urb. Nr. 411, 412 und von Urb.Nr. 415 u. 416: ca. 20 Ruth. Hausplatz, Hofraithe und Garten;
Haus Nr. 303: ein dreistöck. Wohnhaus hinter obiger Gebäulichkeit; taxirt zus. zu . . 18,000 *M.*

Donaueschingen, 14. Novbr. 1886.
Der Vollstreckungsbeamte:
Großherzogl. Notar
Kapferer.

Verm. Bekanntmachungen.

C.2. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Im **Westdeutschen** Eisenbahnverbands-Güterverkehr ist mit Wirkung vom 10. l. Mts. ab hinsichtlich der **Tarifirung** von **gebrauchten leeren Bierfässern,** welche in Bierspecialwagen zurückgehen, eine Ermäßigung in Kraft getreten, welche bei unseren Verbandstationen zu erfahren ist.

Karlsruhe, den 14. Dezember 1886.
General-Direktion.

A.971.1. Nr. 7252. Heidelberg.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Die zur Erweiterung der Stationsanlagen in Bammenthal erforderlichen Bauarbeiten, als:

Planum der Station, im Betrage von . ca.	9770 M.
Uebergangswerke, im Betrage von . . ca.	6800 „
Entwässerung der Station, im Betrage von . .	455 „
Sonstige Einrichtungen .	745 „
zusammen von	17770 M.

sollen auf dem Wege schriftlichen Angebotes vergeben werden, wozu die Pläne, Voranschlag und Bedingungen auf meinem Geschäftszimmer aufliegen.

Die Angebote sind versiegelt und mit entsprechender Aufschrift versehen, längstens **bis zum 27. d. M.,** Vormittags 9 Uhr, einzureichen.

Heidelberg, den 11. Dezember 1886.
Der Großh. Bahnbau-Inspektor.

Vergebung von Grenzsteinen.

A.904.2. Die Gr. Rheinbau-Inspektion Offenburg vergibt auf dem Submissionswege

Mittwoch den 22. Dezember d. J., Vormittags 10 Uhr,

die Lieferung von 20 Stück 18/18 starker 1,0 m langer Grenzsteine an den Rhein bei Kappel, Nonnenweier oder Ottenheim,
„ „ von 18 Stück 21/21 starker, 1,2 m langer Grenzsteine an den Rhein bei Kehl, Freistett u. Greffern,
„ „ von 62 Stück 18/18 stk., 1,0 m lang, deßgleichen ebendahin,
„ „ von 15 Stück mit gleichen Dimensionen an den Rhein bei Rastatt,
„ „ von 5 Stück 21/21 cm stark ebendahin.

Die Steine sind auf halbe Länge regelmäßig zu behauen, mit dem badischen Wappen zu versehen und sollen aus rechtsrheinischem Sandstein oder Granit bestehen. Das Bedingnißheft ist bei der Inspektion und den Dammmeistern einzusehen. Angebote pro Stück sind schriftlich, versiegelt und mit der Aufschrift „Grenzstein-Lieferung" hierher einzureichen.

Gr. Bezirksforstei Rothenfels.

A.998.1. Die Großh. Civilliste zustehende **Jagd** in den Domänenwaldungen der Bezirksforstei Rothenfels wird

Mittwoch den 22. d. Mts.,

Nachmittags 1 Uhr, im Rathhaus in Rothenfels auf weitere 6 Jahre in öffentlicher Steigerung in Pacht gegeben.

Die Bedingungen liegen auf dem Geschäftszimmer obiger Bezirksforstei zur Einsicht offen.

B.701. Nr. 416. Staufen.

Bekanntmachung.

Mit Ermächtigung Gr. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues ist zur Aufstellung des Lagerbuchs von der Gemarkung **Offnadingen** Tagfahrt auf

Dienstag den 21 Dezember d. J., Vormittags 9 Uhr,

in das Rathhaus zu Offnadingen anberaumt.

Gemäß Artikel 7 der Allerhöchstlandesherrlichen Verordnung vom 11. September 1883 werden alle Eigenthümer von Liegenschaften der Gemarkung Offnadingen, zu deren Gunsten Grunddienstbarkeiten bestehen, aufgefordert, diese unter Anführung der Rechtsurkunde in der Tagfahrt zu bezeichnen.

Staufen, den 13. Dezember 1886.
Der Lagerbuchsbeamte:
Löffel, Bezirksgeometer.

A.988. Nr. 39,484. Freiburg.

Bekanntmachung.

Die Besetzung der Kanzlei Großh. Staatsanwaltschaft Freiburg betr.

Bei der Kanzlei der Großh. Staatsanwaltschaft dahier ist auf 1. März 1887 die Stelle eines Aktuars zu besetzen.

Bewerber aus der Zahl der Aktuare werden aufgefordert, ihre Bewerbungen unter Anschluß der Zeugnisse sofort anher einzureichen. Gehalt 1050—1100 *M.*

Freiburg, den 13. Dezember 1886.
Großh. Erster Staatsanwalt.
F. von Berg.

(Mit einer Beilage u. einer Extrabeil. von **Daub's Cassenfabrik** in Heidelberg.)

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.